

## 4 Die Wirtschaftsordnungen

### 4.1 Die Grundprobleme jeder Wirtschaftsgesellschaft

Jede Gesellschaft braucht gewisse Regeln (Gesetze, Rechte, Sitten, ...), damit das soziale Zusammenleben seiner Mitglieder ohne größere Konflikte ablaufen kann.

Die Gesellschaftsordnung wird beschrieben durch:

- die Wirtschaftsordnung (alle für den organisatorischen Aufbau und die wirtschaftlichen Abläufe einer Volkswirtschaft geltenden Regeln),
- die Rechtsordnung (alle geltenden rechtlichen Normen) und
- die Sozialordnung (Art und Weise, wie die Gesellschaft ihre Mitglieder gegen die Folgen von Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. schützt).

Witz:

**Politik ist nur der Spielraum, den die Wirtschaft ihr lässt.**

Dieter HILDEBRANDT (geboren 1927),  
deutscher Kabarettist

Unabhängig von ihrem Entwicklungsgrad und ihrer institutionellen Ausgestaltung hat jede Wirtschaftsgesellschaft folgende Grundprobleme zu lösen:

- ① Welche Güter sollen in welcher Menge und Qualität wann hergestellt werden?  
(**Koordinationsproblem**)
- ② Wer hat das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel (Technik, Maschinen, Produktionsstätten, Rohstoffe) und entscheidet über ihren Einsatz?  
(**Entscheidungsproblem**)
- ③ Wer entscheidet über die Verteilung des Volkseinkommens (produzierte Güter und Dienstleistungen)? (**Distributionsproblem**)

## 4.2 Das Modell der freien Marktwirtschaft

Das Modell der freien Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung des klassischen Liberalismus (auch: **Laissez-faire**-Wirtschaft) und entwickelte sich Ende des 18. Jahrhunderts während der industriellen Revolution in England und beruht auf Gedanken des englischen Nationalökonomen Adam SMITH (1723 - 1790).

In der freien Marktwirtschaft werden die Produktion und die Verteilung selbstständig und gleichzeitig über den Markt (Angebot und Nachfrage) abgestimmt und durch den Preis reguliert.

Der Staat verzichtet auf Eingriffe in den Wirtschaftsablauf und garantiert die Vertragsfreiheit, den freien Wettbewerb und ein funktionierendes Geldwesen.

Merkmale:

- Privateigentum an Produktionsmitteln,
- Güter, Kredite und Arbeitskräfte regulieren sich über den Markt (Angebot und Nachfrage regulieren den Preis, Zins und Lohn.)
- Gewerbefreiheit (Jeder kann jedes Gewerbe eröffnen.)
- Vertragsfreiheit (Jeder darf Verträge aller Art abschließen.)

Vorteile:

- völlige Entscheidungsfreiheit der Unternehmen und Haushalte
- freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, freie Standortwahl
- freie Verfügbarkeit über das Privateigentum, auch bei Produktionsmitteln

Nachteile:

- Benachteiligung Leistungsschwacher  
(keine sozial- und arbeitsrechtliche Absicherung, Arbeitslosigkeit hat Verelendung, Kinderarbeit, ... zur Folge)  
→ pdf-Datei „Die Lage der arbeitenden Klasse in England, 1845“
- Marktversagen bei der Bereitstellung öffentlicher Güter (Konjunkturschwankungen, Monopole können Preise festsetzen)
- Keine Berücksichtigung externer Kosten in den Kostenrechnungen der Unternehmen, z. B. Umweltverschmutzung.

Letztlich scheiterte der klassische Liberalismus an den nicht gelösten Problemen:

- Verelendung großer Bevölkerungsteile,
- Kinderarbeit,
- überlange Arbeitszeiten,
- geringe Entlohnung,
- unzureichende soziale Absicherung (Krankheit, Unfall, Nichterwerbstätigkeit, Tod),
- Geringe Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern (Schulen, Krankenhäuser, Wohnraum, Verkehrsinfrastruktur),
- Massenarbeitslosigkeit in Konjunkturkrisen.

### 4.3 Das Modell der Zentralverwaltungswirtschaft (auch: zentrale Planwirtschaft)

Die idealtypische Wirtschaftsordnung der Zentralverwaltungswirtschaft ist ein Gegenmodell zur freien Marktwirtschaft.

Die wirtschaftliche Entscheidungskompetenz hat eine zentrale Planungsbehörde des Staates. Sie steht an der Spitze der hierarchisch gegliederten Volkswirtschaft.

Das Aufstellen des Volkswirtschaftsplanes setzt voraus, dass die staatliche Planungsbehörde detailgenaue Kenntnis über die vorhandenen Produktionsmittel und Arbeitskräfte hat. Diese Informationen gehen auf dem Instanzenweg an die zentrale Planbehörde.

In Abstimmung mit der politischen Führung (in der DDR: „die Partei- und Staatsführung“) legt die zentrale Planbehörde die Produktionsziele in Jahresplänen (z. B. in 5-Jahres-Plänen) langfristig fest. Diese Ziele werden den nachgeordneten Instanzen mitgeteilt. Die notwendigen Produktionsfaktoren (Produktionsmittel, Rohstoffe, Arbeitskräfte) werden zugeteilt.

- Merkmale:
- zentrale Planung, Lenkung und Kontrolle des gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen (Soziales, Kultur, Bildung und Wissenschaft) Geschehens
  - Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist weitgehend aufgehoben. (Staats- und Kollektiveigentum, Geld- und Kreditversorgung zentral durch den Staat)
  - zentrale Verteilung der Produkte.
  - staatliche Preispolitik: Preise (für Güter und Dienstleistungen), Löhne (für Arbeit) und Zinsen (für Kapital und Kredite) werden zentral festgelegt.
  - Oberstes Ziel allen wirtschaftlichen Handelns ist die Planerfüllung.
  - Politik und Wirtschaft sind sehr eng verknüpft, teilweise identisch.

- Vorteile:
- Der Staat verhindert die Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen.
  - Alle Ressourcen (Produktionsmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte) werden verplant.
  - Keine Arbeitslosigkeit, da jede Arbeitskraft "verplant" wurde.
  - keine Konjunkturschwankungen
  - Güter des Grundbedarfs (Grundnahrungsmittel, Wohnraum, Fahrpreise) können verbilligt werden.

- Nachteile:
- Planungsbehörde muss alles entscheiden, was in der Marktwirtschaft durch die einzelnen Unternehmen und Haushalte realisiert wird.
  - schweres Überblicken und Vorplanen einer gesamten Volkswirtschaft
  - aufwendiger Planungsapparat notwendig
  - zu langsames Reagieren auf Marktnachfragen
  - keine freie Wahl von Beruf und Arbeitsplatz
  - mangelnder Leistungsanreiz, geringe Motivation der Arbeitnehmer
  - Ineffizientes Preissystem, das die Knappheit der Güter und Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital) nicht marktgerecht widerspiegelt.
  - geringe Auswahl an Konsumgütern
  - Versorgungslücken

- Finanzieren des Konsums auf Kosten von unterlassenen Investitionen führt zu maroden Produktionsanlagen und Infrastruktur (Straßen, Schienen, Wasser- und Elektroenergieversorgung, Telefonanlagen).

- Beispiele:
- Wirtschaftsordnungen der sozialistischen Staaten
  - Während des 2. Weltkrieges führten viele westliche Länder planwirtschaftliche Elemente ein, um die Produktion und die Verteilung der Güter den Erfordernissen der Kriegsführung unterzuordnen.

54.) Kreuzen Sie jeweils an, für welche Wirtschaftsordnung die Aussage richtig ist!

	freie Markt- wirtschaft	Plan- wirt-schaft
Die Teilnehmer am Wirtschaftswettbewerb verfolgen nur eigennützige Ziele	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der Staat sorgt nur für die Rahmenbedingungen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Preise, Löhne und Zinsen werden festgesetzt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verdrängen der Konkurrenten durch Dumpingpreise	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Steuerungsfunktion des Geldes wirkt nicht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Produktionsmittel weitgehend in privater Hand	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zentrale Planung, Lenkung und Kontrolle des gesamten Wirtschaftslebens durch den Staat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
alle Produktionsmittel sind in der Hand des Staates	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Oberstes Ziel des wirtschaftlichen Handelns ist die Planerfüllung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verbraucher bestimmen Nachfrage und Produktion.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebot und Nachfrage regulieren den Preis.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Witz:

**Ein SED-Parteisekretär stirbt und kommt in die Hölle. Dort trifft er einen alten Genossen. „Hier ist es ganz gemütlich, seit der Sozialismus Einzug gehalten hat. Mal gibt es kein Pech, ein anderes Mal keinen Schwefel, dann kein Holz oder keine Kohlen. Und wenn wirklich einmal alles da ist, muss der Heizer zum Parteilehrjahr.“**

#### 4.4 Die soziale Marktwirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft soll das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs verbinden.

Nach Alfred MÜLLER-ARMACK ist die soziale Marktwirtschaft eine Wirtschaftsordnung, die auf der Grundlage eines funktionierenden Wettbewerbs die rechtsstaatlich gesicherte Freiheit, die wirtschaftliche Freiheit und die freie Initiative mit dem gesicherten sozialen Fortschritt verbindet.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden die Prinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung (Privateigentum an Produktionsmitteln, Produktions- und Handelsfreiheit, Gewerbefreiheit, Notenbankautonomie und stabiles Geld, freie Preisbildung, freie Löhne, freie Geschäfts- und Arbeitsbedingungen, Beschränkung staatlicher Wirtschaftspolitik auf Ordnungsfragen, Wettbewerbsfreiheit) durch eine soziale Komponente (soziale Sicherung, soziale Gerechtigkeit, Sozialstaatsprinzip) erweitert.

##### Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft:

###### - **Wettbewerbspolitik**

Immer wieder versuchen einzelne Anbieter (Unternehmen), durch Absprachen und Zusammenschlüsse ihre Wettbewerbssituation auf dem Markt zu verbessern.

Durch diese Machtballung wird der Wettbewerb eingeschränkt und letztlich auch die freiheitliche Gesellschaftsordnung gefährdet. Aufgabe des Staates ist es daher, den Wettbewerb zu schützen. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB, auch: Kartellgesetz) beinhaltet deshalb:

- Verbot von Preisabsprachen, Gebietskartellen usw.
- Verhindern von marktbeherrschenden Unternehmen
- Fusionskontrolle

Weitere Gesetze, die den Wettbewerb erhalten und die Verbraucher schützen sollen, sind das Rabattgesetz, das Mieterschutzgesetz, das Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften, das Patentgesetz, die Zugabeverordnung usw.

###### - **Einkommens- und Vermögenspolitik**

Die, die kein eigenes Einkommen erzielen (Alte, Kranke, Behinderte, Arbeitslose) sollen auch am erwirtschafteten Sozialprodukt teilhaben können. Deshalb greift der Staat korrigierend in die Einkommens- und Vermögensverteilung ein:

- Diejenigen, die mehr verdienen oder ein größeres Vermögen besitzen, zahlen absolut (in Euro) und prozentual mehr Steuern (Steuerprogression).
- Unterschiedliche Steuerklassen sollen die besonderen Verhältnisse (ledig oder verheiratet, keine Kinder oder Kinder) der Steuerpflichtigen berücksichtigen.
- Soziale Leistungen für bestimmte Einkommensgrenzen sind z. B.
  - ... die Bausparförderung,
  - ... die Wohnungsbauförderung
  - ... das Wohngeld,
  - ... das 325-Euro-Gesetz.
- unentgeltliche Bereitstellung bestimmter öffentlicher Leistungen, z. B. Bildung

Aber: Zu starke Nivellierung der Einkommen dämpft die Leistungsbereitschaft der Leistungsfähigen!

- **Struktur- und Wachstumspolitik**

Der Staat fördert das wirtschaftliche Wachstum durch folgende Maßnahmen:

- Ausbau der Infrastruktur,
- Förderung von Bildung und Wissenschaft,
- Förderung des Technologietransfers.

Wirtschaftliches Wachstum ist immer mit Strukturwandel verbunden. Einzelne Wirtschaftszweige gewinnen oder verlieren an wirtschaftlicher und somit auch an beschäftigungspolitischer Bedeutung. Der Staat soll durch sektorale und regionale Strukturpolitik die negativen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Folgen dieses Strukturwandels mildern.

- **Konjunkturpolitik**

Staatliche Maßnahmen sollen Schwankungen von Wachstum und Beschäftigung ausgleichen:

- Staatsaufträge ersetzen in Krisenzeiten die mangelnde private Nachfrage.
- In Boom-Phasen drosselt der Staat durch Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen die Nachfrage. Dadurch wird konjunkturellen Überhitzungen entgegen gewirkt.

- **Sozialpolitik**

Wer in Not gerät, kann auf die Hilfe der Gemeinschaft rechnen:

- Das System der Sozialversicherung hilft bei Krankheit (Krankenversicherung, Pflegeversicherung), Arbeitslosigkeit (ALG und ALH), Arbeitsunfällen (Unfallversicherung) und im Alter (Rentenversicherung).
- Die Sozialhilfe hilft, wenn das Sozialversicherungssystem nicht ausreicht.
- Arbeitsschutzbestimmungen bewahren die Arbeitnehmer vor gesundheits-schädigenden oder gar menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen: Kündigungsschutz, Arbeitszeitordnung, Ladenschlussgesetz, Mutterschutzgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Schwerbehindertengesetz, Gewerbeordnung.
- Zahlung des Kindergeldes
- Mitbestimmung im Arbeitsleben (Mitbestimmungsgesetze)
- Umweltschutz (Gesetz zum Gewässerschutz und zur Reinhaltung der Luft)

55.) Nennen Sie Beispiele für die eingeschränkten Freiheitsrechte in der **sozialen Marktwirtschaft!**

--

Koch, So 2001, WiSo 3:

56.) Sie finden in einem Zeitungsartikel eine Darstellung zur Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Es wird hier zwischen der marktwirtschaftlichen und sozialen Orientierung unterschieden. Bei welchem Beispiel wird das sozialpolitische Element der Wirtschaftsordnung deutlich?

- |   |   |
|---|---|
| 1 | Es herrscht Konsumfreiheit.                               |
| 2 | Es besteht freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl.            |
| 3 | Das Eigentumsrecht wird garantiert.                       |
| 4 | Das Mutterschutzgesetz erfährt eine Ausweitung.           |
| 5 | Es gelten die Vertrags-, Gewerbe- und Koalitionsfreiheit. |

HoFa, Wi 2001, Wiku 5:

57.) In welchem Fall trägt die vom Staat beschlossene Maßnahme direkt zu einer sozial gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung bei?

- |   |  |
|---|--|
| 1 | Der Staat erhöht die Arbeitnehmersparzulage.                   |
| 2 | Der Staat verbietet umweltbelastende Stoffe.                   |
| 3 | Der Staat verhängt Bußgelder wegen verbotener Preisabsprachen. |
| 4 | Der Staat bietet einigen Unternehmen steuerliche Vorteile.     |
| 5 | Der Staat senkt das Kindergeld.                                |

Witz:

Unterhalten sich drei Manager, was sie mit ihrem Weihnachtsgeld machten. Sagt der eine: „Ich kaufte mir eine Yacht, meine Frau bekam einen Porsche, den Rest legte ich in Aktien an.“ - Darauf der zweite: „Ich kaufte mir ein Flugzeug, meiner Frau einen Jaguar und der Rest ging in Festgeld.“ - Der dritte sagt: „Ich kaufte mir eine Wohnung, meine Frau bekam ein Rennpferd und für den Rest kaufte ich Gold.“ - Kommt der Pförtner im neuen Anzug daher. Fragen ihn die Manager, was er mit seinem Weihnachtsgeld gemacht hat. Darauf der Pförtner ganz stolz. „Ich kaufte mir einen neuen Anzug!“ – „Und der Rest?“, fragen die Manager. – „Ach, den hat die Oma drauf gelegt.“

Bank, So 94, WiSo 22:

58.) Welche Aussage zur **sozialen Marktwirtschaft** ist richtig?

- 1 Durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird das persönliche Risiko auf viele Schultern verteilt.
- 2 Einkommensschwache Gruppen erhalten staatliche Zuwendungen.
- 3 Durch staatliche Lenkung der Produktion wird eine optimale Versorgung der Bevölkerung erreicht.
- 4 Es gibt keine wettbewerbsordnende Gesetze.
- 5 Der Staat betreibt keine eigene Konjunkturpolitik.

Bank, So 94, WiSo 23:

59.) Welche Aussage widerspricht dem System der **Zentralverwaltungswirtschaft**?

- 1 Die Produktionsmittel sind Eigentum der Gesellschaft.
- 2 Produktion und Verteilung werden von einer staatlichen Planungsbehörde festgelegt.
- 3 Grundsatz wirtschaftlichen Handelns ist das Prinzip der Planerfüllung.
- 4 Die Befriedigung der Bedürfnisse Einzelner ist wichtiger als das Wohl der Gemeinschaft.
- 5 Auszeichnungen und Prämien fördern die Leistungsbereitschaft.

Bank, So 95, WiSo 22:

60.) Welche Aussage zu **Wirtschaftsordnungen** ist richtig?

- 1 Zu den Merkmalen der sozialen Marktwirtschaft gehören konjunktursteuernde Maßnahmen des Staates.
- 2 Die Zentralverwaltungswirtschaft ist durch Gewinnmaximierung gekennzeichnet.
- 3 Eine Voraussetzung für das Funktionieren der Zentralverwaltungswirtschaft ist das erwerbswirtschaftliche Prinzip.
- 4 In der sozialen Marktwirtschaft bestimmen allein Angebot und Nachfrage den Preis.
- 5 Die Zentralverwaltungswirtschaft stellt das Individuum in den Mittelpunkt.



Bank, So 95, WiSo 23:

61.) Welche Aussage trifft auf die **Wirtschaftsordnung der BRD** zu?

- 1 Die Preise werden durch vollständige Konkurrenz bestimmt.
- 2 Der Staat greift nicht in das Wirtschaftsgeschehen ein.
- 3 Die Bundesregierung legt die Geldmenge fest.
- 4 Die Unternehmen haben Investitionsfreiheit.
- 5 Im Wettbewerb um die Verbrauchergunst gibt es keine Einschränkungen.

Bank, Wi 97, WiSo 27:

62.) Sie lesen in einem Buch: „Eines der wesentlichen Merkmale dieser Wirtschaftsordnung ist der freie Wettbewerb. Um rücksichtsloses Gewinnstreben zu verhindern, werden vom Staat Rahmenbedingungen festgelegt, welche die wirtschaftlich Schwächeren schützen sollen.“ Welche Wirtschaftsordnung ist gemeint?

- 1 die sozialistische Planwirtschaft
- 2 die freie Marktwirtschaft
- 3 die Zentralverwaltungswirtschaft
- 4 die Planwirtschaft
- 5 die soziale Marktwirtschaft

Bank, Wi 97, WiSo 28:

63.) Stellen Sie fest, in welcher Situation eine Wettbewerbsstörung im System der **freien Marktwirtschaft** vorliegt.

- 1 Die führenden Mineralölgesellschaften erhöhen zur gleichen Zeit die Preise für Benzin um 2 %.
- 2 Die Landesregierung verwendet Steuermittel zur Förderung von Behindertenwerkstätten.
- 3 Ein Hersteller bietet seine Produkte durch Verringerung der Gewinnspanne zu wesentlich niedrigeren Preisen als die Konkurrenz an.
- 4 Um die Staatsausgaben zu finanzieren, wird die Umsatzsteuer erhöht.
- 5 Für Kinder bis 6 Jahren ist in öffentlichen Verkehrsmitteln kein Fahrpreis zu zahlen.

Bank, Wi 98, WiSo 27:

64.) Welches Merkmal kennzeichnet die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland?

- 1 staatliche Lohnfestsetzung, aber Tarifautonomie der Sozialpartner
- 2 Zentralplanung und Vorgabe von Daten für die Leistungserstellung
- 3 kollektives Eigentum an Produktionsmitteln, aber Privateigentum an Konsumgütern
- 4 Privateigentum an den Produktionsmitteln, Sozialbindung des Eigentums
- 5 staatliche Preisfestsetzung und Vollbeschäftigungsgarantie

Bank, So 1994, WiSo 17:

65.) In welchem Fall handelt es sich um einen **Käufermarkt**?

- 1 Trotz gestiegener Preise für Pkw erhöht sich die inländische Nachfrage.
- 2 Bei unveränderter Nachfrage nach Mobiltelefonen erhöht sich das Angebot und sinken die Preise aufgrund des Auftretens ausländischer Anbieter.
- 3 Wegen großer Ernteauffälle steigt der Preis für Weizen erheblich. Die Nachfrage der Verbraucher bleibt dennoch unverändert.
- 4 Ein Fertigungsroboter wurde bisher von zwei Anbietern angeboten. Wegen finanzieller Schwierigkeiten stellt ein Anbieter seine Geschäftstätigkeit ein.
- 5 Nach einer Diskontsatzserhöhung erhöhen die Geschäftsbanken die Kreditzinsen. Die Nachfrage nach Krediten bleibt unverändert.

Bank, So 94, WiSo 18:

66.) In welchem Fall ist eine der Bedingungen für einen **vollkommenen Markt** erfüllt?

- 1 Die angebotenen Güter sind von gleicher Art und Güte.
- 2 Die angebotenen Güter unterscheiden sich in Qualität und Ausstattung.
- 3 Ein Anbieter kann aufgrund seiner starken Marktstellung den Preis zu seinen Gunsten beeinflussen.
- 4 Aufgrund des stark gegliederten Marktes ist es für einige Nachfrager nicht möglich, die Angebote der Anbieter kennen zu lernen.
- 5 Die Nachfrager bevorzugen einen Anbieter wegen der zuvorkommenden fachlichen Beratung.

HoFa, Wi 2001, Wiku 9:

67.) Welche Erläuterung über das Marktgeschehen im Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland ist richtig?

- 1 Da die Preise durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden, erübrigt sich ein Preisvergleich durch die Verbraucher.
- 2 Das Verbraucherverhalten kann die Preise beeinflussen.
- 3 Die Preisauszeichnungspflicht garantiert verbraucherfreundliche Preise.
- 4 Höchst- und Mindestpreise werden vom Bundeskartellamt bestimmt.
- 5 Alle Preise werden durch vollständige Konkurrenz bestimmt.